Nr. 112

DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

27.Oktober 2018
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotzkistisch)

Den Konzernen die Macht über Politik und Wirtschaft wegnehmen!

Da betrügen alle großen Autokonzerne ihre Käufer und die Allgemeinheit. Und das einzige, was sie nun all denen „anbieten", die von Fahrverboten bedroht sind, ist… sich bei ihnen einen neuen, Wagen zu kaufen!

Das ist an sich schon eine Frechheit. Doch was sollen erst die Arbeitenden machen, die sich auch mit „Rabatten" kein neues Auto leisten können?

VW und Daimler feierten diesen Sommer „das beste Halbjahr ihrer Firmengeschichte". Beide verkauften so viele Autos wie noch nie. Seit Jahren stecken ihre Aktionäre Milliardengewinne 10 bis 12 Milliarden Euro ein. Sie haben mehr als genug Fettpolster. Auch deshalb sollte kein Käufer und auch kein Arbeiter der Autokonzerne die Folgen ihres Betrugs bezahlen müssen!

Doch die Regierung erklärt, sie hätte keine Möglichkeit, dies durchzusetzen – sie könne die Autokonzerne nicht zwingen. Sie dürfe nicht in deren „unternehmerische Freiheit" eingreifen.

Ja, in dieser Gesellschaftsordnung haben die Besitzer und Großaktionäre der Konzerne die „unternehmerische Freiheit", ganz allein zu entscheiden, wofür sie die von den Arbeitern erzeugten Profite verwenden. Die Unternehmer entscheiden, was sie wo und wie herstellen. Sie entscheiden, ob sie Arbeiter entlassen. Sie entscheiden, für Schäden aufzukommen, die ihre Profitgier verursacht hat – oder eben nicht.

Viele ihrer Entscheidungen haben Auswirkungen auf hunderttausende, ja Millionen Menschen. Und trotzdem treffen diese Entscheidungen einzig eine Handvoll Großaktionäre, die niemand von uns wählen oder kontrollieren kann – und die damit viel mehr Macht haben als jede Regierung.

Selbst wenn die Kapitalisten wie in der Autoindustrie hunderttausende Kunden betrügen und die Umwelt schädigen, oder wie die Aktionäre und Banken mit dem sogenannten „Cum-Cum"- und „Cum-Ex"-Trick über 31 Milliarden Euro Steuern in Deutschland hinterziehen, haben sie nichts zu befürchten. Ihre Herrschaft über die Unternehmen verleiht ihnen genug Macht, um ungestraft weiter ihren Geschäften nachgehen zu können – während die Arbeiter und die Allgemeinheit die Folgen tragen.

Die Regierung will an den Verhältnissen nichts ändern. Im Gegenteil, sie hat sich mit Haut und Haaren der Aufgabe verschrieben, den Kapitalisten zu helfen.

Noch während sie öffentlich über den Umweltbetrug der Autokonzerne jammerte, hat die Regierung für eben diese Konzerne durchgesetzt, dass ihre Autos in der EU auch in den nächsten zwanzig Jahren mehr CO_2 ausstoßen dürfen.
Und im Hambacher Forst hat sie sogar mit einem wochenlangen, riesigen Polizeieinsatz versucht, um jeden Preis die Wünsche des RWE-Konzerns durchzusetzen. Wen interessiert schließlich die angekündigte Klimakatastrophe, wenn es um die Profite von BMW, VW und RWE geht?

Wirklich alles fällt der Profitgier der Konzerne zum Opfer: Die Interessen der Arbeiter, der Verbraucher und des gesamten Planeten. Und die Regierung hilft ihnen mit allen Mitteln dabei.

CDU und SPD bezahlen heute den Preis dafür. Sie verlieren immer mehr Stimmen. Doch die Parteien, die jetzt an ihrer Stelle stärker werden, weil sie weniger oder keine Verantwortung für diese jahrzehntelange Politik zu tragen scheinen, verteidigen ebenso die Interessen der Wirtschaftsbosse.

Deshalb können zum Beispiel die Grünen auch so harmonisch mit allen Parteien zusammen regieren: mit SPD, CDU, FDP. Ja, sogar mit der CSU wollten sie gemeinsam regieren. Ihre einzige Besonderheit besteht darin, dass sie den Unternehmern beigebracht haben, auch mit Bio-Produkten und Solarzellen Gewinn zu machen.

Und was die AfD angeht: Sie steht in allen wichtigen Fragen auf der Seite der großen Konzerne.

Nichts ist bezeichnender als ihre Haltung im Diesel-Skandal. Für die AfD sind ernsthaft die Autokonzerne die Opfer. Sie fordert, die Bosse dieser milliardenschweren Konzerne mit Steuergeldern zu unterstützen, damit sie… den schweren Schlag durch die Diesel-Affäre besser verkraften! Die Arbeiterfamilien, die von diesen Autokonzernen betrogen wurden, werden sich bedanken.

Alle diese Parteien machen ganz selbstverständlich Politik für die Kapitalisten, sogar dann, wenn sie dadurch Wählerstimmen verlieren oder wie die SPD regelrecht Selbstmord begehen. Denn sie alle sind tiefgehend davon überzeugt, dass die Wirtschaft nur „funktionieren" kann, wenn die Konzerne und Banken in den Händen privater Kapitalisten sind und Profit machen.

Doch dieses Wirtschaftssystem funktioniert eben nicht. Und je tiefer es in der Krise versinkt, desto brutaler, kurzsichtiger und parasitärer wird ihr Kampf um den Profit, bei dem sie letztlich alles zerstören: Die Lebensbedingungen und Gesundheit der Arbeitenden, der gesamten Bevölkerung – und die Lebensgrundlage der ganzen Menschheit.

Mit dieser Gesellschaftsordnung Schluss zu machen, ist eine Notwendigkeit für die Menschheit. Das fängt damit an, die Kapitalisten zu zwingen, ihre Konten, Geschäftsbücher und Verträge offenzulegen. Die Arbeiter, Anwohner und Verbraucher müssen kontrollieren können, was die Kapitalisten bislang hinter verschlossenen Türen treiben und entscheiden.

Und letztendlich wird es nötig sein, der kapitalistischen Klasse weltweit die Konzerne und Banken wegzunehmen, sie in die Hände der Allgemeinheit zu legen und nicht mehr nach Profit, sondern nach den kurz- und langfristigen Bedürfnissen der Menschheit zu organisieren.

Die Bevölkerung in der Türkei – Opfer einer kranken Weltwirtschaft

Die Lage der türkischen Bevölkerung wird immer schlimmer. Eine massive Inflation und eine schwere Wirtschaftskrise erschüttern das Land. Die Verbraucherpreise sind laut der türkischen Regierung seit Anfang des Jahres um 26% gestiegen, viele lebenswichtige Güter sind sogar 40% teurer geworden. Man kann sich kaum vorstellen, was das für eine Arbeiterfamilie bedeutet.

Familien, die vorher mit dem Mindestlohn irgendwie über die Runden kamen, gehen jetzt manchmal hungrig ins Bett. In Körfez (nicht weit von Istanbul) hat sich ein Arbeiter erschossen, weil er das Geld für die Schuluniform nicht aufbringen konnte, und sein Sohn deshalb nicht in die Oberstufe durfte.

Die Menschen können immer weniger kaufen. Allein die Nachfrage an Autos ist diesen September im Vergleich zum Vorjahr um 67% gesunken. Zahllose kleinere Betriebe und Geschäfte gehen Pleite, in den Großbetrieben gibt es Massenentlassungen. Jeden Tag verlieren Hunderte, manchmal Tausende ihre Arbeit.

Und als würde das nicht reichen, sind viele Familien außerdem verschuldet und wissen nun nicht mehr, wie sie die Raten noch aufbringen sollen. In Malatya hat ein Mann aus Verzweiflung versucht, sich vor seiner Bank selbst anzuzünden, nachdem diese ihm keinen Aufschub bei der Ratenzahlung gewähren wollte.

Über Jahre waren die Wirtschaft, die Löhne und Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung stabil. Nun stürzt alles in kürzester Zeit wie ein Kartenhaus zusammen!

Und nicht nur in der Türkei entwickelt es sich derzeit so. Argentinien, Brasilien, Südafrika, sie alle erleben Ähnliches, und alle aus demselben Grund: Sie sind Opfer der irrsinnigen Bewegungen der weltweiten Spekulation.

Da es in den USA und Europa quasi keine Zinsen gab, haben die großen internationalen Banken viel Geld in die Schwellenländer „investiert“, wo sie höhere Zinsen kassieren konnten. Zu diesen Ländern gehört auch die Türkei.

Die Banken haben Privatleuten Kredite angeboten, mit denen sie sich eine Wohnung oder ein Auto kaufen konnten. Sie haben Firmen Kredite angeboten, um ihr Geschäft zu erweitern. Und vor allem haben sie den türkischen Banken Geld geliehen, und auch dem Staat. Diese Kredite haben Erdogan nicht zuletzt geholfen, die neuen Zugstrecken, den neuen Großflughafen, aber auch die Militäreinsätze in den kurdischen Gebieten der Türkei und Syriens zu finanzieren.



„Die Arbeiter dürfen nicht die Rechnung für die Krise bezahlen!“
Protest von Gewerkschaftern in Izmir, Anfang Oktober 2018

Eine Zeit lang wurde die Wirtschaft durch die Kredite etwas angekurbelt. Neue Betriebe entstanden, es gab viele Staatsaufträge, es gab viele neue Arbeitsplätze und bessere Löhne. Den mit Abstand meisten Reibach allerdings haben die Spekulanten gemacht, die die Zinsen für die Kredite kassiert und auf den Aufschwung und eine starke türkische Währung spekuliert haben.

Seit einiger Zeit jedoch wird die wirtschaftliche Lage schlechter. Schon seit zwei Jahren haben daher Spekulanten angefangen, ihr Geld wieder aus der Türkei abzuziehen. Die Drohung von US-Präsident Trump, einen Handelskrieg gegen die Türkei zu beginnen, hat das Ganze noch mal drastisch beschleunigt. Den Spekulanten wurde die Türkei zu unsicher, sie haben ihre Kredite und ihre Anlagen in türkischen Lira verkauft und ihr Geld lieber wieder in den sicheren USA angelegt… mit der Folge, dass die Lira um 40% an Wert gegenüber dem Dollar verloren hat.

Genauso ist es den anderen Schwellenländern ergangen. Überall hat die aggressive Handelspolitik der USA und die sich eintrübende Wirtschaftslage dazu geführt, dass die Spekulanten ihr Geld in Sicherheit bringen. Überall ist daraufhin die Währung abgestürzt: In Argentinien um 50%, in Brasilien um 30%, in Südafrika um 25%...

In den deutschen Medien wird Erdogan oft als alleiniger Verursacher der Krise in der Türkei dargestellt. Sicher hat seine unberechenbare und diktatorische Politik dazu beigetragen. Und je heftiger die Krise wird, desto brutaler und diktatorischer wird er wiederum, um sich trotz der wachsenden Unzufriedenheit weiter an der Macht zu halten.

Nur über Erdogan zu sprechen ist jedoch auch eine Methode, um nicht über die Verantwortung ihres kranken Weltwirtschaftssystems sprechen zu müssen. Nicht darüber, dass die reichen Spekulanten wie Heuschrecken über Länder herfallen, das Beste herausziehen, Zinsen kassieren… und dann, wenn es für sie nichts mehr zu holen gibt, ihr Geld wieder abziehen und nur Krisen und Katastrophen hinterlassen!

Die türkischen Firmen, Banken und der Staat müssen ihre Raten an die ausländischen Banken außerdem in Dollar oder Euro zahlen. Da die türkische Lira 40% an Wert verloren hat, heißt das, dass sie 40% mehr Geld auftreiben müssen, um die gleichen Raten zu zahlen. Das kann niemand auf Dauer schaffen!

Der türkische Staat wird daher höchstwahrscheinlich den Internationalen Währungsfond (IWF) um Hilfe bitten müssen. Doch der verlangt für seine „Hilfe“ immer drastische Einsparungen bei allen sozialen Programmen, bei der Rente, im Gesundheitswesen – und außerdem die Privatisierung von öffentlichen Diensten wie Wasser oder Strom. Der IWF wird der türkischen Bevölkerung nicht helfen, sondern sie noch mehr in die Armut stoßen.

In Argentinien sieht es nicht anders aus. Und wer weiß, welche Auswirkungen die Krise der Schwellenländer noch haben wird! Schließlich hat einzig die wachsende Nachfrage der Schwellenländer inklusive Chinas die schwächelnde Weltwirtschaft in den letzten Jahren ein bisschen in Schwung gehalten. Ihr Absturz, gepaart mit dem Handelskrieg zwischen den USA, China und der EU, kann sehr gut weltweit die Krise massiv verschlimmern.

Es ist wirklich Zeit, diesem kranken und unbeherrschbaren Weltwirtschaftssystem ein Ende zu setzen!

RWE: Die wahren Gegner der Arbeiter sind die Profitinteressen von RWE

Am 24. Oktober haben in Bergheim 20.000 Menschen demonstriert, unter ihnen tausende RWE-Arbeiter. Sie machen sich nicht ohne Grund Sorgen, was mit ihren Arbeitsplätzen passiert, falls der Ausstieg aus der extrem klimaschädlichen Braunkohle bereits 2030 und nicht erst 2045 erfolgt.



„Macht RWE wieder groß“: Im Vordergrund der Demonstration standen die Interessen des RWE-Konzerns

Doch die Gewerkschaftsführungen von IG BCE und ver.di haben daraus eine Demonstration für die Interessen des RWE-Konzerns gemacht – und nicht für die Interessen der Arbeiter. Entsprechend hat der RWE-Konzern auch alles dafür getan, dass möglichst viele an der Demonstration teilnehmen. Er hat die RWE-Beschäftigten von der Arbeit freigestellt und sie mit Bussen zur Demo gefahren. Er hat auch alle seine Geschäftspartner nachdrücklich aufgefordert, sich an der Demonstration zu beteiligen.

Der RWE-Konzern versucht, die Sorgen der Arbeiter auszunutzen, um seine Profitinteressen durchzusetzen. RWE droht: „Wenn wir nicht den Hambacher Forst abholzen und bis 2045 Braunkohle fördern dürfen, dann werden zwangsläufig tausende Arbeiter arbeitslos.“ Dabei hat das eine mit dem anderen nichts zu tun!

40% der betroffenen Arbeiter sind jetzt schon über 50 Jahre alt. RWE kann ihnen problemlos eine Frührente ohne Abzüge bezahlen! Und für die übrigen Arbeiter (Elektroniker, Mechaniker, Anlagenführer, Chemielaboranten…) sollte der RWE-Konzern mit seinen vielen Geschäftsbereichen und über 60.000 Beschäftigten wohl in der Lage sein, bis 2030 einen anderen Arbeitsplatz im Konzern zu finden. Ein winzig kleiner Bruchteil der Gewinne, die die Arbeiter dem Konzern erwirtschaftet haben, würde hierfür reichen. Doch natürlich will RWE keinen Cent für den Erhalt der Arbeitsplätze ausgeben.

Egal, ob die Braunkohle 2030, 2038 oder 2045 ausläuft, die verbliebenen Arbeiter werden den Erhalt ihrer Arbeitsplätze und Löhne erkämpfen müssen, und zwar gegen RWE!

Eine Gewerkschaft, die den Namen verdient, würde die Arbeiter darüber aufklären und ihnen helfen, diese notwendigen Kämpfe gegen die Konzernspitze zu führen – statt, wie es IG BCE und Ver.di tun, auch noch die Lügen und Erpressungen der Unternehmer zu verbreiten.

Denn die Bosse und die Arbeiter von RWE sitzen nicht im selben Boot. Im Gegenteil, die RWE-Arbeiter, die Anwohner und Umweltschützer haben alle denselben Gegner: die Profitinteressen von RWE.

„Ich bin nicht arbeitslos, ich habe sogar drei Jobs“

Immer mehr Arbeitende müssen noch einen Zweit- oder sogar Drittjob annehmen, um über die Runden zu kommen. Allein in Nordrhein-Westfalen hat sich ihre Zahl in den letzten zehn Jahren fast verdoppelt, auf 600.000 – also weit über eine halbe Million!

Kein Wunder: Wie viele – vor allem Frauen – werden in Teilzeitverträge von 20 oder 30 Wochenstunden gezwungen, von denen sie hinten und vorne nicht leben können! Wie viele Betriebe wurden ausgelagert und die Löhne dort drastisch gesenkt. Wie viele haben nicht einmal mehr einen Tarifvertrag – und bekommen zum Teil jahrelang keine Lohnerhöhung. Die Preise jedoch steigen Jahr für Jahr weiter, für Mieten, für Strom, für Lebensmittel und nicht zuletzt für Sprit… während viele immer weitere Strecken zur Arbeit fahren müssen.

Die Arbeitenden schaffen mit ihrer Arbeit den ganzen Reichtum der Gesellschaft. Das Mindeste ist, dass sie dafür von ihrem Lohn auch leben können. Jeder Lohn, egal ob in Voll- oder Teilzeit, muss daher mindestens 1.800 Euro Netto betragen – und automatisch steigen, wenn die Preise steigen!

Wer sorgt für mehr Personal?

Gesundheitsminister Spahn hat laut getönt, er wolle die Pflegesituation in Krankenhäusern verbessern. Dafür hat er jetzt „Untergrenzen“ in mehreren Bereichen (zum Beispiel für Intensivstationen) festgelegt: Diese Untergrenzen legen fest, um wie viele Patienten sich eine Pflegekraft maximal kümmern soll.



Doch diese Untergrenzen sind so niedrig, dass selbst jetzt in drei Viertel aller Krankenhäuser bessere Bedingungen herrschen. Nach Spahns neuem Gesetz brauchen also drei Viertel der Krankenhäuser keine einzige Pflegekraft zusätzlich – im Gegenteil, sie könnten sogar noch Personal abbauen!

Zum Vergleich: Mit ihrem Streik haben die Arbeitenden an den Unikliniken Düsseldorf und Essen nicht null, nicht einen – sondern 180 zusätzliche Arbeitsplätze erkämpft.

Wenn wir wollen, dass sich für uns – die arbeitende Bevölkerung – etwas verändert, können und dürfen wir uns nicht auf die Regierung verlassen, sondern nur auf uns selbst und unsere Waffe: den Streik.

Neuer Angriff auf Mieter

Die NRW-Landesregierung hat still und heimlich entschieden, die Mietpreisbremse in ganz NRW wieder abzuschaffen. Zukünftig sollen Immobilienkonzerne wieder ohne jede Einschränkung die Mieten erhöhen und Mietwohnungen in teure Eigentumswohnungen umwandeln dürfen.

Nicht, dass die Mietpreisbremse wirklich etwas geändert hätte. Auch mit ihr sind die Mieten weiter gestiegen. Doch nun wollen CDU und FDP selbst diese kleinen Beschränkungen aufheben und es den Immobilienkonzernen so noch leichter machen, unbegrenzt zu spekulieren und die Mieten in die Höhe zu treiben – auf dem Rücken derjenigen, die täglich noch mehr kämpfen müssen, weil sie von ihren niedrigen Löhnen, Renten oder HartzIV immer höhere Mieten bezahlen müssen.

Blutsbrüder

Die gruseligen Details darüber, wie der saudi-arabische Staat den kritischen Journalisten Khashoggi im Konsulat in Istanbul ermordet hat, haben hohe Wellen geschlagen – so hoch, dass die deutsche Regierung letztlich reagieren musste. Merkel hat erklärt, man werde – eine Zeit lang – keine neuen Waffenexporte an Saudi-Arabien genehmigen.

Saudi-Arabien köpft öffentlich Regimegegner, foltert Frauen, die sich für mehr Rechte einsetzen und führt seit drei Jahren einen blutigen Krieg im Jemen. All das hat die westlichen "demokratischen" Regierungen nicht davon abgehalten, dem Staat massenweise Waffen zu liefern. Daher wird auch ihre jetzige Empörung nicht lange vorhalten.

Schließlich ist Saudi-Arabien Deutschlands zweitbester Kunde in der Rüstungsindustrie: Allein in diesem Jahr wurden Waffenexporte für 416 Millionen Euro genehmigt. Und etwas mehr Blut an den Händen ihres „strategischen Verbündeten“ wird doch auf Dauer nicht eine so mörderisch gute Beziehung verderben!

Frauen können selber entscheiden!



CDU, CSU und AfD haben im Bundestag erklärt, dass sie Ärzte auch weiterhin bestrafen wollen, wenn sie im Internet darüber informieren, dass sie Schwangerschaftsabbrüche durchführen und wie das funktioniert. Die SPD ist zwar dagegen, doch sie will sich nicht mit ihrem Koalitionspartner anlegen.

Es ist für Frauen eine schlimme Situation, wenn sie ungewollt schwanger werden. Sie – und nur sie allein – können in einer solchen Situation entscheiden, ob sie das Kind bekommen möchten oder nicht. Sie haben das Recht, über ihren Körper und ihre Zukunft selber zu entscheiden. Und dazu gehört auch, dass sie sich frei informieren und ihren Arzt wählen können.

Doch genau das will die Regierung den betroffenen Frauen auch weiterhin unmöglich machen. Was die Frauen hingegen frei im Internet finden können, sind reihenweise Seiten von kirchlichen, rechtsextremen und anderen Abtreibungsgegnern: Internetseiten, die die Frauen unter Druck setzen, sie als Mörderinnen beschimpfen und – wie der Papst in seiner neusten Predigt – die Ärzte als „Auftrags-killer“ bezeichnen! Denn diese hetzerische Propaganda ist – im Gegensatz zu den Informationsseiten der Ärzte – legal.

Thüringen: Hebammen verhindern Abschiebung

Im Krankenhaus Saalfeld in Thüringen sind acht Polizisten nachts in den Kreisssaal gestürmt, haben den Vater (einen Asylbewerber aus der Elfenbeinküste) verhaftet und zum Flughafen gebracht. Während seine Frau ein Kind bekam, wollte die Polizei ihn nach Italien abschieben – aus dem einzigen Grund, weil er dieses EU-Land auf seiner Flucht als erstes betreten hatte und er daher in Italien Asyl beantragen solle.
Schockiert und empört über so viel Unmenschlichkeit, haben die Hebammen sofort reagiert. Sie haben die Behörden angerufen und gedroht, einen Skandal zu machen, wenn der Mann nicht sofort zu seiner Frau und seinem neugeborenen Kind zurückdürfe. Mit Erfolg! Die Abschiebung wurde ausgesetzt.

Immer wieder stellen sich Menschen den immer skrupelloseren Abschiebungen des Staates in den Weg: Schüler, die die Abschiebung eines Mitschülers verhindern; Piloten, die sich weigern, Abschiebeflüge nach Afghanistan und in andere Kriegsgebiete zu fliegen; Arbeiter, die dafür eintreten, dass ihr Arbeitskollege bleiben darf. Es tut gut zu sehen, dass die ununterbrochene Hetze von AfD und CSU es bislang nicht geschafft hat, diese wichtige Solidarität im Alltag – die Solidarität unter Kollegen, Schülern, Nachbarn – zu zerstören.

Die Opfer auf dem Bau

Über 103.000 Arbeiter haben sich bei Arbeitsunfällen auf Baustellen in Deutschland im letzten Jahr verletzt. 88 von ihnen haben bei diesen Arbeitsunfällen ihr Leben verloren. Das sind 15 Tote mehr als ein Jahr zuvor. Und das sind nur die offiziellen Zahlen!
Die vielen Unfälle sind leider kein Wunder, bei dem ungeheuren Arbeitsdruck und dem irrsinnigen System der zahllosen Subfirmen, die wiederum Subfirmen haben, die ihrerseits Tagelöhner anheuern… Tagelöhner, die die Baustelle nicht kennen und oft ohne Sicherheitsausrüstung gefährliche Arbeiten erledigen.
Migranten aus Osteuropa und Flüchtlinge sind die Hauptopfer der Unfälle auf dem Bau, weil sie die schlechtesten Jobs bekommen und es am schwersten haben, sich zu wehren. Sie bezahlen mit ihrer Gesundheit oder sogar ihrem Leben für das irrwitzige System, das vor allem den Profiten von Hochtief oder Bilfinger dient.

Auf Ex!

Journalisten haben aufgedeckt, wie die Banken mit sogenannten „Cum-Cum“ und „Cum-Ex“-Geschäften reichen Aktionären helfen, sich Steuern auf Aktien gleich mehrfach zurückerstatten zu lassen. 55 Milliarden haben die Kapitalisten auf diese Weise erbeutet, allein 30 Milliarden davon in Deutschland. Regierung und Justiz wussten seit Jahren davon, doch sie haben nichts dagegen unternommen. Wieso auch?
Schließlich macht die Regierung (mit legalen Methoden) seit Jahren nichts Anderes. Auch sie findet immer neue Wege, mit denen die Reichsten die öffentlichen Kassen ausplündern können. Mit dem Ergebnis, dass Grundschulen kein Geld für Seife und Papierhandtücher auf den Toiletten haben, dass Bürgerämter und Straßenverkehrsämter tagelang aus Personalmangel zusammenbrechen – während Deutschland mittlerweile stolze 200 Milliardäre zählt.

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH -
Postfach 10 08 02 - 45008 Essen
E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de
Telefon: 0157 – 76493485
www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org

Das Rote Tuch kann man auch abonnieren: für 13 € pro Jahr!